

John Saxe-Fernández

Guantánamo und die Imperiale Autokratie

Der vorliegende Artikel interpretiert das Gefängnisssystem von Guantánamo als Testfeld für ein „neues Rechtssystem“. Dieses System wird im Kontext des „Krieges gegen den Terrorismus“ analysiert, ein Krieg, der durch die Anschläge des 11. September 2001 entfesselt wurde und der in den USA sowohl nach innen durch ein Ausnahmeregime geführt wird, formalisiert im *Patriot Act*, wie auch nach außen durch die Doktrin des präventiven Krieges. Des weiteren soll gezeigt werden, dass dieser Krieg eine extreme Erscheinungsform der „imperialen Präsidentschaft“ darstellt, eine Neigung, die der US-Exekutive historisch immer schon zu eigen war und die im wesentlichen daraus besteht, sich Funktionen und Macht der Legislative und der Judikative anzueignen.¹ Zu den entsprechenden Mittel hierfür gehören Ausnahmeregelungen, welche die bestehende Gesetzeslage verändern. Die „Operation Guantánamo“ wird vor dem Berufungsgericht des District of Columbia wie auch von einigen Mitgliedern des US-Kongresses angefochten², weil sie neben der Entmenschlichung feindlicher Kämpfer und Zivilisten tief greifende Einschnitte in den gesamten Rechtsbestand mit sich bringt. Zugleich hebt sie auch die Gültigkeit der *Habeas Corpus* Akte von 1679 auf. Durch ihren beispiellosen Versuch, sich legislative und judikative Funktionen anzueignen, dehnen das Weiße Haus, das Verteidigungsministerium und die Geheimdienste die Ausnahmeregelungen und -verfahren auf alle Bereiche und Ebenen des Rechtssystems aus.

Damit verletzen sie die amerikanische Verfassung ebenso wie internationales Recht und machen gleichzeitig sichtbar, dass Amerikas zivile wie militärische Führer für Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, ist die „Operation Guantánamo“ – als Teil des globalen Managements von Gefängnissen und Internierungslagern durch Militär und Geheimdienste der USA – ein zentrales Merkmal der Metamorphose der „imperialen Präsidentschaft“ zu etwas, was zunehmend als ausgewachsene, nicht-verfassungsgebundene Autokratie erscheint. Diese Autokratie fußt auf dem Gebrauch und dem Missbrauch der „Geheimdienst-Community“ wie auch von Polizeikräften diesseits und jenseits der US-Grenzen.

1 Vgl. zur Aneignung judikativer Funktionen durch die Exekutive und ihrer Versuche der internationalen Einflussnahme Paye (2005).

2 Vgl. zur Diskussion der Frage, wer die Jurisdiktion über Entlassungsgesuche aus Guantánamo hat White (2006: A15).

1. Historischer, ökonomischer und regionaler Hintergrund der imperialen Präsidentschaft

Die „Operation Guantánomo“ – ausgeführt auf kubanischem Boden ohne die Zustimmung der kubanischen Bevölkerung oder Regierung – erfolgt unter der Federführung des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld und ist in der Tat mit starken politischen, rechtlichen und historischen Bedeutungen aufgeladen. Schließlich war und ist Kuba seit den Tagen des Präsidenten Quincy Adams ein primäres Ziel der US-amerikanischen Außenpolitik, also seit nunmehr 180 Jahren. Und heute, lange nach dem Kollaps der Sowjetunion, wird Kubas Revolution von Washington noch immer als Beeinträchtigung seiner ökonomischen und politischen Interessen in der Karibik und in Lateinamerika betrachtet. Damit ist Kuba nicht nur das Ziel einer üblen ökonomischen Blockade, sondern auch einer politischen, propagandistischen wie auch diplomatisch-militärischen Offensive.

All dies wird noch gesteigert durch die Tatsache, dass Lateinamerika derzeit gravierende soziale, politische und ökonomische Veränderungen durchläuft. Ausgelöst wurden diese Wandlungen durch den sozialen und politischen Bankrott der habgierigen lokalen Oligarchien wie auch durch das massive ökonomische Scheitern des „Konsenses von Washington“, den die USA mit Hilfe von Weltbank, Internationalem Währungsfonds (IWF) oder Interamerikanischer Entwicklungsbank (IBD) durchgesetzt hatten. Am stärksten sind die Veränderungen in Brasilien, Argentinien, Venezuela und in jüngster Zeit auch in Bolivien zu spüren. Und diese Wandlungen vollziehen sich ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, in dem die USA als Reaktion auf die Anschläge vom 11. September ein gigantisches und kostspieliges Anti-Terrorismus-Programm auflegen. Vor dem Hintergrund dieses massiven Anschlags auf die „imperialisierten“ Nationen – nicht nur auf ihre Arbeitskräfte, auf ihre Politik und strategischen Ressourcen, sondern auch auf ihre Kultur und ihre ganze Lebensweise (vgl. Dowd 1997) – vollzieht sich in der Region eine bemerkenswerte Entwicklung in Richtung fortschrittlicher sozialer, ökonomischer und politischer Reformen, die von einer breiten Bewegung aus Indigenen, Bauern, Arbeitern und Vertretern der Mittelklasse getragen wird. In diesem turbulenten Zusammenhang sind die breit publizierten Berichte über Folter und Misshandlung der Gefangenen von Guantánamo, Abu Ghraib und anderen Orten³ in der öffentlichen Meinung Lateinamerikas und der Karibik zu einem Symbol geworden – zu einem Symbol für den moralischen und politischen Kollaps der USA.⁴ Guantánamo ist zudem ein wichtiges Testfeld für das notorische Bedürfnis der

3 Nach Schätzungen von Amnesty International werden 14.000 Gefangene in mehr als 1.200 irakischen Internierungslagern ohne formale Anklage festgehalten.

4 Zur historischen Dimension dieses Vorgangs siehe (Guerra 1971, LaFeber 1995: 149-155), zur Politik von IWF, Weltbank und IBD in Lateinamerika siehe (Saxe-Fernández/Delgado 2005).

US-Exekutive, ihre Macht und ihren Einfluss auszudehnen in den Bereich der Gesetzgebung und – in diesem Falle – in die Sphäre der Rechtsprechung. Im Verlauf dieses Prozesses vollziehen sich wesentliche Veränderungen im zivil-militärischen Gleichgewicht.

Dies hängt eng zusammen mit der Zentralisation, Konzentration und Expansion des US-amerikanischen Monopolkapitals (Saxe-Fernández 2005, 2006). Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts nahm ein politisches Verhältnis Gestalt an, das in dem Gegeneinander der zentrifugalen ökonomischen Kräfte des US-Kapitals und der zentripetalen politisch-militärischen Kräfte des Landes gründete. Das politische Ergebnis nannte Arthur Schlesinger die „imperiale Präsidentschaft“.⁵ Je stärker die US-Monopole expandierten, schreibt Walter LaFeber, „desto ungeordneter und revolutionärer schienen andere Teile der Welt aus Sicht der US-Interessen zu werden und, als Konsequenz, wurde ein immer machtvollerer Oberbefehlshaber nötig“ (LaFeber 1995: 177). Der Kombination aus Expansion des heimischen Kapitals und „Unordnung“ im Ausland entsprach die Zentralisation der politisch-militärischen Macht der US-Exekutive. Weitere Folgen waren der dauerhafte Ge- und Missbrauch diplomatisch-militärischer und geheimdienstlicher Mittel, um die Machtverhältnisse im Ausland wie auch im Inland zu Gunsten der USA zu manipulieren. Davon profitierte die Exekutive auf Kosten der legislativen und der rechtsprechenden Teile des Staatsapparates. Diese Entwicklung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Vereinigten Staaten, von Jefferson und Polk bis zu Johnson und Bush junior.

Bezogen auf den Fall Kuba ist es vor diesem Hintergrund wert daran zu erinnern, dass im Jahr 1899 Elihu Root – Außenminister unter Präsident William McKinley – für „eine indirekte Kontrolle von Kuba plädierte mit Hilfe ökonomischer Bindungen und durch eine Reihe von Einrichtungen wie die Marinebasis in Guantánamo oder den Bau sanitärer Anlagen, die ausländisches Kapital zur Investition ermuntern würden. Zu den weiteren Maßnahmen gehörte eine Verschuldungs-Obergrenze, um einen Einfluss europäischer Geldgeber zu verhindern und – von besonderer Bedeutung – das Recht der US-Regierung zur Intervention, um eine republikanische Regierung zu garantieren“ (ebd. 151). Bis heute hält die illegale Besetzung Guantánamos an. Dass das Weiße Haus geheime Militärtribunale eingesetzt hat, die die Marinebasis als Gefängnis für Hunderte „illegaler feindlicher Kombattanten“ nutzen, manifestiert einen eklatanten Bruch sowohl internationalen Rechts wie auch der amerikanischen Verfassung und ist eine Provokation gegen Kuba, gegen die karibische Region und gegen ganz Lateinamerika.

5 Dies war ein Prozess der Zentralisierung der Macht der Exekutive auf Kosten der legislativen und judikativen Institutionen, der seit der Gründung der Vereinigten Staaten zu beobachten ist, vgl. dazu Schlesinger (1973).

Bis zum Vietnamkrieg – und Lyndon B. Johnsons erfolgreichen Versuch, durch den sog. „Tonkin Zwischenfall“ erweiterte Vollmachten im Kriegsfall zu erlangen⁶ – und abgesehen von George W. Bushs „Krieg gegen den Terrorismus“ und den *Patriot Act* operiert die „imperiale Präsidentschaft“ im Inland im allgemeinen innerhalb des verfassungsgemäßen Rahmens, inklusive des *Posse Comitatus* Gesetzes von 1876, dass der Exekutive den Gebrauch militärischer Gewalt im Inland untersagt. Dieses Gesetz wird von Bush durch Anti-Terror-Operationen von Militär und Geheimdiensten im Inland zunehmend missachtet. Ein Beispiel hierfür ist, dass der National Security Agency (NSA) die Erlaubnis erteilt wurde, die Kommunikationskanäle zwischen den USA und Übersee ohne richterliche Befugnis abzuhören. Dieses Programm wurde geheim gehalten, bis die *New York Times* im Dezember 2005 den Vorgang enthüllte (Eggen 2006: A15).

In den „imperialisierten“ Gesellschaften der karibischen und lateinamerikanischen Region – und auch im Rest der Welt – haben die USA ihre Politik zu meist unter dem ideologischen Banner eines „anti-imperialistischen“ Imperialismus gerechtfertigt, der mit dem antikolonialen Kampf gegen das britische Empire im späten 18. Jahrhundert einherging. Die zahlreichen militärischen Interventionen unter Präsident Theodore Roosevelt standen daher stets unter

6 Als Antwort auf einen Angriff Nordvietnams auf Schiffe der US-Marine erteilte der Kongress Präsident Lyndon B. Johnson Sondervollmachten für den Kriegsfall. Diese „Tonkin Resolution“ ermächtigte den Präsidenten, „alle notwendigen Schritte zu unternehmen, die nötig sind, die Aggression gegen Südvietnam abzuwehren“. Johnson nutzte diese Resolution zur Eskalation des Krieges, einschließlich des extensiven strategischen Bombardements nördlich des 17. Breitengrades, der damals die Grenze zwischen Nord- und Südvietnam markierte. Später machte Daniel Ellsberg Dokumente aus dem Verteidigungsministerium bekannt, die dann als „Pentagon Papers“ in der *New York Times* veröffentlicht wurden, die zeigten, dass die Regierung Johnson Informationen manipuliert hatte und dass der Angriff Nordvietnams überhaupt nicht stattgefunden hatte. Bezüglich der Anschläge vom 11. September ist es wohl bekannt, dass bereits vor der Amtsübernahme durch George W. Bush die neokonservative Gruppe um das „Project for a New American Century“ (PNAC) – das so bekannte Personen umfasst wie Donald Rumsfeld, William Kristol, John Bolton, Richard Perle, Dick Cheney oder Paul Wolfowitz – auf ihre Chance wartete. Chalmers Johnson schreibt dazu: „In den Worten von ‚Rebuilding American Defenses‘ des PNAC wartete man ‚auf ein katastrophisches und katalysierendes Ereignis – wie ein neues Pearl Harbor‘, das die Öffentlichkeit mobilisieren und dem neokonservativen Think Tank erlauben würde, seine Theorien in die Praxis umzusetzen. Der 11. September war genau das, worauf sie gewartet hatten. Innerhalb weniger Tage versammelte Condoleezza Rice die Mitglieder des Nationalen Sicherheitsrates und forderte sie auf, sich Gedanken zu machen, ‚wie man Nutzen aus dieser Gelegenheit schlagen könnte‘, um ‚im Gefolge des 11. September Amerikas Doktrin fundamental zu ändern und die Welt neu zu gestalten‘. Sie sagte: ‚Ich denke, diese Periode entspricht der Zeit zwischen 1945 und 1947‘. Damit bezog sie sich auf die Jahre, in denen Angst und Paranoia die Vereinigten Staaten in den Kalten Krieg mit der UdSSR führte“ (Johnson 2004: 228-229). Wie ich in meinem demnächst erscheinenden Buch *Terror e Imperio* zeigen werde, ist eine weitere Untersuchung der Nicht-Prävention im Vorfeld der Terroranschläge vom 11. September notwendig. Siehe dazu auch unter anderem Clarke (2004) und Suskind (2004). Weitere Informationen zu diesem Thema kommen laufend neu auf den Markt, zum Beispiel Markon/Dwyr (2006) oder Washington Post (2006).

dem Slogan: „Sprich freundlich, und trage einen großen Stock bei dir, dann wirst du es weit bringen“. Heute hingegen werden Verletzungen internationalen und nationalen Rechts mit dem Verweis auf Notwendigkeiten der nationalen Sicherheit legitimiert.

2. Guantánamo als Testfeld für eine neue Ordnung des Rechtswesens

Kuba hat heute mit einer intensivierten ökonomischen Blockade zu kämpfen wie auch mit einem ausgedehnten, gut finanzierten Propaganda- und Interventionsprogramm der USA.⁷ Dieses Programm beinhaltet auch politisch-militärische Eingriffe durch das Weiße Haus oder das US-Verteidigungsministerium, die die illegal okkupierte Marinebasis in Guantánamo zusätzlich als Testfall für den Versuch der imperialen Präsidentschaft nutzen, sich offenkundig und regelwidrig politisch-juristische Funktionen anzueignen. Zu Beginn des Krieges in Afghanistan verfrachtete die Regierung Gefangene von dort in das neue Lager in Guantánamo, das im Auftrag des Pentagoneigenen Armee-Ingenieurkorps (ACE) durch die Firma Kellogg, Brown & Root (KBR) errichtet worden war. KBR ist eine Tochter des Halliburton-Konzerns, der eng mit Vize-Präsident Dick Cheney verbunden ist – Cheney fungierte für einige Zeit als KBR-Chef. Halliburton war einer der Hauptauftragnehmer beim „Wiederaufbau-Programms“ des ACE im Irak (vgl. Saxe-Fernández 2005). Guantánamo ist eine Einrichtung, die faktisch außerhalb der US-Jurisdiktion existiert, jenseits der Reichweite von US-Gerichten und –Gesetzen. Das Pentagon hat Hunderte von Gefangenen dorthin verschifft „ohne ernsthafte Prüfung der Einzelfälle ... unter Missachtung der Genfer Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen“ (Pfaff 2005: 51). Fachleute von der Law School der University of California haben argumentiert, im Falle der Gefangenen aus Afghanistan sei die US-Regierung nicht durch die Genfer Konvention gebunden gewesen, da die Betroffenen nicht als „Kriegsgefangene“ deklariert worden seien, sondern als „feindliche Kämpfer“. Laut William Pfaff wurde „diese juristische Unterscheidung als notwendig erachtet, um US-Beamte vor Verstößen gegen den US Federal Crimes Act von 1996 zu bewahren, der in Härtefällen sogar die Todesstrafe vorsieht“ (ebd.). Denn das enge Umfeld der imperialen Präsidentschaft war sich bewusst, dass gemäß nationalem und internationalem Recht der US-Präsident, Mitglieder seines Kabinetts und andere hohe Vertreter des Staates in Afghanistan, Guantánamo und anderswo Operationen durchführten, die eine Anklage wegen Kriegsverbrechen gerechtfertigt hätten. In diesem Zusammenhang argumentierte der damalige Rechtsberater des Weißen Hauses – der heutige Justizminister Alberto R. Gonzáles –, dass „weder der Präsident und seine Mitarbeiter durch US-Gesetze oder internationale Anti-Folter-Vereinbarungen

7 An diesem Propagandafeldzug gegen die kubanische Revolution beteiligen sich aktiv auch viele „ehrenhafte“ Institutionen wie zum Beispiel der *National Geographic Channel*.

gebunden waren, noch nutzten US-Staatsbürger aus dem Verantwortungsbereich des Präsidenten Foltertechniken, die das Justizministerium hätte verfolgen können“. Gonzáles' Auffassung basierte auf dem Standpunkt, die Natur des Krieges gegen den Terrorismus nehme existierenden Gesetzen und internationalen Vereinbarungen ihre Geltung, sie seien „veraltet“ und „überholt“, so Gonzáles (ebd.). Der Übergang von einer konstitutionellen „imperialen Präsidentschaft“ zu einer auf Ausnahme-Regelungen und Sondervollmachten basierenden „imperialen Diktatur“ war also bereits durch den *Patriot Act* formalisiert und wurde durch ein Memorandum einer Abteilung des Pentagon weiter vorangetrieben. Laut diesem Memorandum „befreien bereits allein Erwägungen der nationalen Sicherheit den Präsidenten davon, US-Gesetze oder internationale Verträge einzuhalten“. Mit dieser Erklärung erreichte „die Macht des Präsidenten ihren absoluten Gipfel“, so ein Militärjurist, der in den Prozess eingebunden war (*Wall Street Journal* vom 7. Juni 2004, zit. nach Pfaff 2005). Beim Geheimdienst CIA wie auch beim Büro des ehemaligen Außenministers Colin Powell sah man die Tatsache mit Sorge, dass – in Pfaffs Worten – „die Politik des Weißen Hauses amerikanische Offiziere zu Handlungen autorisierte, für die die Alliierten des Zweiten Weltkriegs Gestapo- und SS-Offiziere wie auch Kommandeure japanischer Gefangenenlager gehängt haben“ (ebd.).

Der „*Patriot Act*“ erlaubt die unbeschränkte Internierung von Ausländern, die verdächtigt werden, Mitglieder oder Helfer von Organisationen zu sein, die auf der Terrorliste der US-Exekutive stehen (Paye 2005: 1); und die imperiale Präsidentschaft hat sich mit dem Erlass vom 13. November 2001 selbst die Erlaubnis erteilt, ad-hoc-Militärkommissionen einzurichten, um jene abzuurteilen, die solche Organisationen unterstützen. Seitdem werden solche Verfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt – im Widerspruch zum Militär-Kodex, der für den Fall einer Verurteilung die Möglichkeit der Berufung vor einem Zivilgericht vorsieht. Im US-Militärapparat wird dieser Tatbestand auch kritisiert. Gegner der Politik des Präsidenten in diesem Bereich mahnen, dass mit dieser Praxis die geltenden militärischen Regeln des Umgangs mit Kriegsgefangenen umschifft werden: „Diese ad-hoc-Militärgerichte sind ein eindeutiger Abschied sowohl von Straf- wie auch von Militär-Gesetzen“ (Paye 2005: 2).

Des weiteren, so deutet Powell an, „widerruft diese Politik ein Jahrhundert amerikanischer Unterstützung für die Genfer Konvention“ (Pfaff 2005). Darüber hinaus kursieren zwischen dem inneren Kreis um Präsident Bush, den Geheimdiensten und dem Verteidigungsministerium seit dem 11. September 2001 explizite Vorschläge, Folter zu legalisieren – Vorschläge, die zu wahlloser Gewalt, Gräueltaten und zum „kollateralen“ Töten von Zivilisten einladen (Pfaff 2005: 50-56).

Guantánamo ist somit eine „paradigmatische Operation“, eingerichtet durch die Exekutive in Form des Verteidigungsministeriums und der CIA, die darauf

ausgerichtet ist, eine neue und stark regressiv ausgerichtete Ordnung des Rechtswesens unter Ausschaltung der Jurisdiktion der US-Gerichte zu installieren. In dieser neuen Ordnung werden „feindliche Kombattanten“ durch ein Regime angeklagt, das sie entmenschlicht, indem es ihnen legale Instrumente zu ihrer Verteidigung nimmt. Durch Erlasse wie den *Detainee Treatment Act* von 2005 wird so auch formal die Geltung zentraler Grundsätze aufgehoben, wie zum Beispiel der *Habeas Corpus* Akte, deren Zweck es war, grundlegende Menschenrechte zu sichern und um deren Integration in das Strafrecht jahrhundertlang gekämpft worden ist. Denn der *Detainee Treatment Act* nahm den Gerichten die Möglichkeit, auf Basis von *Habeas Corpus* Fälle zu untersuchen, die die Rechtmäßigkeit der Verwahrung von Gefangenen in Guantánamo in Frage hätten stellen können⁸. Laut Presseberichten „hält das Militär auf der Basis in Guantánamo zehn Häftlinge fest, deren Entlassung bereits genehmigt worden ist, und den US-Bundesgerichten fehlt die Macht, die Entlassungen auch durchzusetzen. In Guantánamo befinden sich etwa 490 Häftlinge“ (White 2006: FN 3). Im Irak, in Afghanistan in Guantánamo und mit der Einrichtung einer ausgedehnten Repressions-Infrastruktur durch die US-Exekutive erleben wir also ein legales, moralisches und menschliches Desaster.

3. Guantánamo: Die imperiale Präsidentschaft am Werk

Die despotischen und verfassungswidrigen Neigungen der Bush-Regierung – wie sie an der Vorgehensweise in Guantánamo deutlich werden – sind kein Geheimnis. Sie sind allseits bekannt, breit dokumentiert und kommentiert durch die Presse oder durch Bürgerrechts-Organisationen wie die *American Civil Liberties Union* (ACLU). Aber dennoch beschleunigt die Abhängigkeit der Bush-Regierung von Folterpraktiken und der verbreiteten Misshandlung von Gefangenen – die durch das Rote Kreuz, US-Armee, FBI und offizielle Dokumente anderer Institutionen belegt sind (Danner 2004, in Pfaff 2005: 54) – den Übergang zu einer „imperialen Diktatur“. Dieser Übergang vollzieht sich parallel zu einer beispiellosen Demontage des Rechtsstaates durch die Exekutive. Dies findet bereits seinen formalen Ausdruck im Kongress: Die Senatoren John McCain und Carl Levin haben offiziell versucht, „die Geltung des Gesetzes in den amerikanischen Gefangenenlagern wieder herzustellen“. Dafür brachten sie einen Gesetzesentwurf ein, der „die humane Behandlung von Häftlingen in Guantánamo und anderen Gefängnissen von US-Militär und –Geheim-

8 Anmerkung des Übersetzters: Habeas Corpus beinhaltet das Recht eines Gefangenen, von einem Gericht die Rechtmäßigkeit seines Gefangenenstatus überprüfen zu lassen, sprich: prüfen zu lassen, ob die Rechte des Gefangenen verletzt wurden, ob ihm mitgeteilt worden ist, welchen Vergehens er angeklagt ist, etc. Das bedeutet, dass es das Lager in Guantánamo als legale Institution ohne den *Detainee Detention Act* nicht geben könnte, das es die Gesetze der USA verbieten, Menschen ohne formale Anklage festzuhalten.

diensten vorschreibt“ (*New York Times* 2006: 11). Die unverhohlene Gegnerschaft der Bush-Regierung gegen solche Versuche sollte weltweit die öffentliche Meinung alarmieren. So berichtet die *New York Times* von einem Trick des US-Präsidenten, den Schaden der McCain-Levin-Initiative zu begrenzen: „Bush lud Senator McCain zu sich und machte eine große Show aus seiner Ankündigung, McCains Initiative zu unterstützen. Gleichzeitig betrieb er einen Handel zwischen McCain und Senator Lindsey Graham aus South Carolina. Dabei ging es um die Abmilderung einer Initiative Grahams, die vorsah, jedem Individuum die Anhörung vor einem Gericht zu versagen, den der Präsident als ‘illegalen feindlichen Kombattanten’ deklariert“ (Hervorhebung des Autors). Statt der Wiederherstellung der Rechte von Gefangenen, ging es also nur noch um die Abmilderung eines Vorschlages, der ihre Rechte weiter deutlich beschneidet. Grahams Haltung findet übrigens auch die Zustimmung von Vize-Präsident Cheney, der bereits „Vize-Präsident für Folter“ genannt wird, auf Grund seiner offenkundigen Bemühungen, im Kongress das geplante Folter-Verbot zu Fall zu bringen.

In einem bemerkenswerten Editorial vom Januar 2006 warnt die *New York Times* des weiteren, dass Bush „keine Grenze seiner imperialen Präsidentschaft zu kennen scheint“ (ebd.). Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang auch ein aus Sicht der Verfassung abenteuerliches Statement Bushs zum Gesetzesentwurf von McCain: „Die Botschaft: Was auch immer der Kongress mit seinen Gesetzen zu sagen beabsichtigte, er (Bush) beabsichtigte es zu ignorieren unter dem Vorwand, dass der US-Oberbefehlshaber über dem Gesetz steht. Es ist dieser verdrehte Gedankengang, der zu legalisierten Folterpraktiken geführt hat, ganz zu schweigen vom nationalen Abhör- und Spionage-Programm ... Der stellvertretende Justizminister informierte das Oberste Gericht, dass es nicht länger für die Häftlingsfälle zuständig sei. Es habe einen anhängigen Fall zu schließen, in dem ein jemenitischer Staatsbürger die Militärtribunale angefechtet - jene Militärtribunale, die von Bushs Rechtsexperten nach 9-11 erfunden worden waren. Die US-Regierung zielt auf die Unterbindung aller Verfahren, die von einigen der Gefangenen in Guantánamo angestrengt worden sind, wobei von der großen Mehrheit der etwa 500 Häftlinge dort offensichtlich keine Bedrohung ausgeht“ (ebd.).

Es kann nicht überraschen, dass die Entmenschlichung des „Feindes“ sich in der gesamten zivilen und militärischen Befehlskette ausgebreitet hat. Schmerzlich wurde dies durch die Foto- und Video-Dokumentationen aus Abu Ghraib deutlich, die eindringlich zeigen, dass „nicht nur internationale wie nationale Normen rechtmäßigen Verhaltens suspendiert (oder deutlich beschränkt) werden, sondern auch religiöse und säkulare Regeln zivilisierten Verhaltens keine Anwendung mehr finden. Der Feind ist das Böse an sich. Oder in den Worten einer Studie des Verteidigungsministeriums vom Juli 2004: Er ist der ‘universelle Gegner’“ (Pfaff 2005: 55). Dies beinhaltet auch eine fundamentale Trans-

formation des Rechtssystems, unter anderem durch die Formalisierung des Rechts der Regierung, jeden zu verhaften und ihn unbeschränkt festzuhalten – „es sei denn, er kann vor einem unparteiischen Gericht beweisen, dass die Fakten den Anschuldigungen der Regierung widersprechen. Auf diese Weise wird die Beweislast umgekehrt“ (Paye 2005: 10).

Präsident Bush hat nicht die Absicht, das Arsenal legaler Privilegien aufzugeben, das ihm der *Patriot Act* zur Verfügung stellt und zu dessen Nutzung er sich durch Präsidenten-Dekrete selbst ermächtigt hat. Durch die dauerhafte und allgegenwärtige Präsenz der Folter wird eine ebenso beispiellose wie willkürliche Anwendung von Gewalt in den gesamten juristischen Prozess geradezu injiziert. Langsam aber sicher wird deutlich, dass sich in den USA ein umfassender Ausnahmezustand durchsetzt. Er basiert auf der bewussten Nicht-Anerkennung internationaler Gesetze und verwirklicht sich einerseits durch den Bruch nationalen wie internationalen Rechts und andererseits durch die Nationale Sicherheitsstrategie des präventiven Krieges. Dieser permanente Ausnahmezustand hat zwar keine große Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA, doch markiert er „ein Ende der Gewaltenteilung und gewährt der Exekutive eine Macht, die sonst nur Richtern zusteht: die Befugnis, Recht zu interpretieren und zu setzen – die autoritäre Macht einer Diktatur“ (Paye 2005: 11). Höchst bedeutsam ist es in diesem Kontext, dass der Anspruch des Präsidenten auf eine Macht, die weder vom Kongress noch durch die Gerichte überwacht oder beschränkt wird, „eine Lieblings-Theorie von Samuel Alito“ ist. Alito ist Richter am Obersten Gerichtshof. Dies, so schrieb die *New York Times* Anfang 2006, deutet darauf hin, „wie wichtig es für den Kongress ist, die Expansion von Bushs Macht zu beschneiden“. Zwar habe es nach den Anschlägen vom 11. September eine Art nationalen Konsens gegeben, den Terrorismus zu bekämpfen. Darin „nicht vorgesehen war jedoch die einseitige Umformulierung und Neubewertung 200 Jahre alter Gesetze und Traditionen durch einen Präsidenten, der sich auf einen ideologischen Kreuzzug begeben hat“ (*New York Times* 2006: 11).

Aus dem Englischen übersetzt von Stephan Kaufmann

Literatur

- Clarke, A. Richard (2004): *Against All Enemies*, Hamburg.
- Danner, Mark (2004): *Torture and Terror: America, Abu Ghraib and the War on Terror*, New York Review of Books.
- Dowd, Douglas (1997): *Against the Conventional Wisdom*, Colorado.
- EGGEN, Dan (2006): A Possible Clue on NSA Spying, in: *Washington Post*, 21. März 2006.
- Guerra, Ramiro (1971): *La Expansión Territorial de Estados Unidos*, Ciencias Sociales, Havanna, 1971.
- Johnson, Chalmers (2004): *The Sorrows of Empire*, Metropolitan Books, New York.
- LaFeber, Walter (1995): *The American Search for Opportunity, 1865-1913*, Cambridge University Press, New York.
- Markon, Jerry; Dwyer, Timothy (2006): The FBI was warned about Mousaoui, in: *Washington Post*, 21. März, A01;

- New York Times (2006): Editorial: The Imperial Presidency at Work, in: *New York Times* 15. Januar.
- Paye, Jean-Claude (2005): Guantánamo and the New Legal Order, in: *Monthly Review*, New York, Mai.
- Pfaff, William (2005): What We've Lost, in: *Harpers Magazine*, Vol. 311, Nr. 1866, November.
- Saxe-Fernández, John; Carlo, Gian (2005): Imperialismo Económico en México, in: *Debate*, Mexiko.
- Saxe-Fernández, John (2005): Irak: Gewaltgeschäfte, in: *Das Argument* 263.
- Saxe-Fernández, John (2006): Presidencia Imperial y Capital Monopolista, in: *Mundo Siglo XXI*, Instituto Politécnico Nacional, Mexiko, invierno-primavera.
- Schlesinger, Arthur (1973): *Imperial Presidency*, New York 1973.
- Suskind, Ron (2004): *The Price of Loyalty*, Simon and Schuster.
- Washington Post (2006): Mousaoui Memo Unseen, Court told, in: *Washington Post*, 22. März, A07.
- White, Josh (2006): Impact of Detainee Act Debated in Court, in: *Washington Post*, 23. März.

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



293

Jäger und Gejagte – die Inflation der (Un-)Sicherheit

Außerdem: ▶ Mythen über Neue Kriege ▶ Fußball und Prostitution
▶ Völkermord und Völkerrecht ▶ Selbstmord als Massenmord ...

Einzelpreis € 4,-

iz3w ▶ Telefon (0049)+761-740 03
info@iz3w.org · www.iz3w.org